“Bla bla bla!”

Das sagte Greta Thunberg über die Abweichung zwischen Reden und Handeln führender Politiker*innen in der Klimapolitik.

Meine Familie und ich sind uns der gewaltigen Gefährdung durch die - aktuell auch in Brandenburg sichtbare - Klimakatastrophe bewusst und möchten unseren Beitrag dafür leisten.

Letztes Jahr haben wir eine Photovoltaikanlage auf unserem Dach installiert und werden unser Konzept um ein Elektroauto erweitern.

Aus den Erfahrungen von Nachbarn mit der öffentlichen Ladeinfrastruktur, gestützt durch die Aussage eines Mitarbeiters der Stadtwerke, diese sei nicht für das Laden der Anlieger gedacht, sondern private Möglichkeiten,

war uns klar, dass wir eine Wallbox installieren möchten.

Diese soll auch durch die Nachbarn genutzt werden, besonders, da wir so Überschussstrom der Photovoltaik möglichst effizient nutzen.

Unser Haus ist ein Reihenendhaus an einem Wendehammer im Langenharmer Weg. Nach aktuellem Stand ist ein Laden auf öffentlichen Plätzen von einer privaten Wallbox nicht sicher möglich.

Deshalb haben wir einen Antrag auf Herstellung einer dauerhaften Zufahrt zum Zwecke des Ladens an einer Wallbox gestellt.

Dieser wurde durch das Betriebsamt nach Abstimmung mit dem Fachbereich Planung abgelehnt. Der Grund:

Der Bebauungsplan 107 von 1976 legt fest, dass Flächen des private ruhenden Verkehrs in Tiefgaragen vorgesehen sind.

Von dieser Festlegung wurden in der Vergangenheit in unmittelbarer Nähe bereits mehrere Ausnahmen durch die Stadt genehmigt, dieses haben wir in Gesprächen mitgeteilt und uns wurde in Aussicht gestellt dieses vor Ort zu besprechen.

Darum haben wir schriftlich im Antragsverfahren ebenfalls gebeten.

Hierzu kam es zu unserem Bedauern nie!

In einer Mail wurde uns einmal vorgeschlagen, wir können doch ein langes Verlängerungskabel verwenden. Dieses ist rechtlich momentan aber gar nicht möglich.

Obwohl wir explizit darauf hingewiesen haben versiegelungsarm und versickerungsfähig zu gestalten, wurde uns aus der Baugesuchsrunde mitgeteilt, dass die Versiegelung aus Klimaschutzgründen nicht gewünscht sei. Unsere Begründung wurde offensichtlich übersehen.

Am Telefon wurde uns gesagt, man könne trotz der durchaus nachvollziehbaren Gründen nicht einzelne Anträge genehmigen, denn dann müsste man das für alle tun.

Ich frage mich: Warum tut man es dann nicht?

Norderstedter Bürgerinnen und Bürger wollen aktiv ihren Beitrag zum Klimaschutz privat leisten und dafür ihre eigenen Flächen nutzen.

Warum steht die Stadt diesem im Weg, wenn hierdurch mehr öffentlicher Raum zur Verfügung stehen kann?

Erlauben Sie mir drei Fragen:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
auf jedem Schreiben das wir erhalten haben stehen Sie hinter der Stadt an zweiter Stelle
und dann die jeweiligen Ansprechpartner*innen.
Entspricht es ihrem Anspruch an die Verwaltung, dass pauschal mit teils fadenscheinigen
und nie ausführlichen Begründungen
und ohne Berücksichtigung der Bitte um einen lösungsorientierten Dialog solche Anträge
abgelehnt werden,
auch wenn es einen offensichtlichen Ermessensspielraum gibt, der in der Vergangenheit
bereits mehrfach angewendet wurde und heute umso mehr eine Abwägung der Schutzgüter
berücksichtigen sollte?

Liebe Politiker:innen, ist das die Stadt Norderstedt, so wie Sie sich diese vorstellen?
Eine Stadt in der private Initiativen zum Klimaschutz annähernd pauschal ausgebremst
werden anstatt, dass man gemeinsam eine für alle vertretbare Lösung findet?

Und gestatten Sie mir eine letzte Frage, meine Damen, meine Herren:
So wie wir, haben sicher viele von Ihnen Kinder oder gar schon Enkelkinder.
Wollen Sie diesen in einigen Jahren sagen, dass Sie NICHT ALLE Möglichkeiten gegen die
Klimakatastrophe genutzt haben, weil ein
46 Jahre alter Bebauungsplan Sie davon abgehalten hat?
Sind ihre Beteuerungen nur
Bla
Bla
Bla?